

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Verfaßt und Expedition: Gerbergasse 1. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ mit den Beilagen „Hausfrauenpost“ und „Nach der Arbeit“ erscheint wöchentlich dreimal. Preis monatlich 50 Pf., Tringlerlein 20 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2 M. Nr. 111. Dresden den 14. September 1890.

Redaktion und Expedition befinden sich jetzt Gerbergasse No. 1. Alle Briefe und Sendungen sind an diese Adresse zu richten.

Der internationale Sozialistenkongress.

Die Rechte der Erde nehmen Stellung gegen die so lange vernachlässigte und todtgeschwiegene Partei des 4. Standes, überall sucht man das alchemistische Problem der Quadratur des Kreises in unsere Zeit zu versetzen, indem man die soziale Frage lösen und dabei die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung bestehen lassen will.

Während die Kammer, Böhmerts und Bedes durch Errichtung von Kaffeeshanten, schöne Reden über die Sittlichkeit, Broschüren gegen den Luxus und ähnliche Volkswohlförderungen die Arbeiter zufriedener machen wollen, die Bismarck und Puttkamer den kleinen und großen Verlegerzustand als unerschöpfbares Mittel gegen die „Krankheit unserer Zeit“ (die Sozialdemokratie) empfehlen, die Kreuzzeitung ihr aus Christentum, Maulhalten und Militarismus gebauenes Mittel markt-schreitend empfiehlt, wieder von anderer Seite wührender Arbeiterhaufen versprochen und nicht gegeben wird, konnte natürlich die katholische Kirche auch nicht zurückbleiben und mußte, da ihre bisherige Verhinderung der Sozialdemokratie von Erfolg nicht gekrönt war, neuerdings Stellung zu nehmen suchen gegenüber den brennenden Fragen unserer Zeit, die unersättlichen sozialen Schäden einerseits, das rasche Anwachsen der Sozialdemokratie anderseits.

Es ist wahrlich die höchste Zeit, daß Papst und Klerikal, katholische Dominikaner und Gregorgrundbesitzer in die Schlachtzeilen gegen die Sozialdemokratie sich einschleudern und nach wohlüberlegten Pläne dem Vordringen unserer Schaar Einhalt zu thun suchen. Unsere Arbeitermarschieren mit steigendem Eifer in die katholischen Gegenenden. In Oesterreich macht die Sozialdemokratie die erfreulichsten Fortschritte, in der Schweiz erheben sich im Vindobener, den katholischen Gessellenvereinen, auf den katholischen Kongressen immer mehr sozialistische Stimmen, im erzkatholischen Spanien, ja selbst in den als ultramontansten verkommenen katholischen Provinzen dieses Landes wird die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen als geschlossene Partei aufmarschieren, im nicht minder katholischen Italien entwickelt sich die Sozialdemokratie trotz der rücksichtslossten, aller Gesetze spottenden Verfolgungswuth des erzbischoflichen Christy unaußhaltbar fort und nicht anders ist es in Frankreich und Belgien. Wie es in unserem Vaterlande sich hat, hat der 20. Februar d. J. Jedermann bewiesen. Als wir den Wahlkampf beendet hatten, in dem unsere Partei gegen alle Parteien Front machte, da bestand das Resultat darin, daß wir nicht nur alle Parteien, auch das Zentrum, an Stimmzahl überholt hatten, sondern auch in die so vielgerühmte als unüberwindlich verhasste Position im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, in die katholischen Wahlfreie Gesetze geschlagen hatten. In Köln, Düsseldorf und anderwärts wählten die erzbischoflichen Kreise der ultramontanen Partei erst in der Stichwahl erobert werden, neben Elberfeld stellten Mainz und beide München uns zu. Mühselig und Schredens haben die Anhänger Windthorst's und Kuntze's dem nächsten Wahlzuge entgegen, wo sie der Sozialdemokratie viele ihrer Wahlkreise werden überlassen müssen.

So sehen wir im ganzen katholischen Europa die Macht des organisierten Proletariats in erfreulichem Wachsthum begriffen; die schwarze Internationale beginnt einzutreten, daß sie um einen bald zwei Jahrzehnte alten Maßstab wird kämpfen müssen gegen einen Gegner, der mächtiger und steigbewußter ist, wie die Kaiser von Rom und Byzanz, die heiligen Kaiser, die fränkischen und englischen Könige des Mittelalters, die sie mit Verächtlichkeit unter die Füße trat. Der Katholizismus, als politische Partei, kann es sich nicht mehr verschließen, daß auch er vor einem Entschickungskampfe steht, in dem auf der einen Seite die „Sozialdemokratie“ auf der anderen die „Sozialdemokratie“ gerufen wird.

„Von den 1600 Mitgliedern, welche sich zur Teilnahme am diesjährigen päpstlichen Kongress tagen einzeichnen ließen, haben sich etwa 1000 katholische Gessellen und Arbeitervereine in Belgien, Unter den Kirchenfürsten und katholischen Parlamentariern fehlen gerade die hervorragenden, wie die Kardinals Manning und Vermeilob, Fürstbischof Kopp von Breslau und Bischof Freppel von Angers. Der deutsche Episkopat ist nur durch die Bischöfe von Bayreuth, Trier und dem Weihbischofe von Köln vertreten, während von den französischen Bischöfen, von denen nach Angabe der katholischen Blätter sieben nach Bütlich kommen sollten, nur der Bischof von Montpellier erschienen ist. Die belgischen Bischöfe, mit dem Kardinal Erzbischof von Mecheln an der Spitze, haben sich vorzüglich eingestellt. Mit der Teilnahme der katholischen Parlamentarier ist es ähnlich bestellt. Windthorst ist ausgeblieben; doch sind Graf Scheerleer und Fürst Löwenstein hier eingetroffen, sowie einige rheinische Reichstagsabgeordnete. Von österreichischen Katholiken bemerkt man das Herrenhausmitglied Graf Bloome. Graf Kueffner war in der ersten Kongresssitung nicht anwesend. Wie dies bei den katholischen Kongressen üblich ist, wurde gleich in der ersten Sitzung die Frage der weltlichen Herrschaft des Papsttums in die Debatte gezogen, obwohl nicht abzusehen ist, in welchem Zusammenhange diese Angelegenheit mit der Lage der arbeitenden Klassen steht. Der Brief des Papstes Leo XIII. bei nicht den erwarteten Inhalt und Umfang. Der Papst beschränkt sich darauf, auf seine frühere Encyclica, betreffend die soziale Frage, hinzuweisen und den Katholiken neuerdings an Herz zu legen, der Arbeiterfrage ihr ganzes Augenmerk zuzuwenden. Die erste Anweisung auf die notwendige „Freiheit und Unabhängigkeit“ des päpstlichen Stuhles machte ein Schreiben des Kardinals Vermeilob, welches betonte, daß der Katholizismus die einzig wahrgeliebte Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie bilde, aber nur dann, wenn der Papst frei sei. Herr Windthorst behandelte in einem Schreiben dasselbe Thema, und die meisten anderen Redner folgten diesem Beispiele. Viel interessanter als alle diese bekannten Erörterungen und Anspielungen, die bisher ohne jede praktische Bedeutung geblieben sind, ist der Brief des greisen Kardinals Manning, welcher dem päpstlichen Kongress ein demütiges soziales Arbeitsprogramm anempfiehlt. Der englische Kardinal legt darin das Hauptgewicht auf die Verbesserung der Arbeitszeit, der Frauen- und Kinderarbeit, auf die soziale Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit und Unfälle. Kardinal Manning bekennt sich in seinem Schreiben als Anhänger des ausgedehnten Staatssozialismus, hat aber mit feinen Anklagen bei den belgischen Kongressmitgliedern nicht den geringsten Beifall gefunden. Auf dem päpstlichen Kongress machten sich überhaupt zwei entgegengelegte Stimmungen geltend; die eine bekennt sich zum Staatssozialismus, während die andere die Lösung der sozialen Frage ausschließlich der privaten Abmachung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern unter dem Einflusse der katholischen Kirche anheimstellen will.“

Schon hieraus geht hervor, daß von der Unfähigkeit unserer Bourgeoisie über die beste Art, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, auch die streitende Kirche, ihre Diener, Anhänger und Mitinteressenten nicht frei sind. Die katholischen Sozialistenübertheilen mit ihren evangelisch-konfessionellen und liberalen Konkurrenten den Fehler, die sozialen Verhältnisse zu wenig zu kennen, die Sozialdemokratie nicht zu verstehen. Doch so wie es in allen bourgeoisen Parteien und wissenschaftlichen Klängen Ausnahmen giebt, so auch in der Partei des Papsttums. Während die belgischen Bischöfe und die klerikale Partei Belgiens auf dem Standpunkte der Manchester Schule stehen, dieser Standpunkt auch von vielen ihrer politischen Freunde in Deutschland und Frankreich geteilt wird, Andere, wie die Oesterreicher Wogelgang und Graf Klüfflein katholisch-soziale Wegweisen, die einen vollständigen Reorganisationsplan der Gesellschaft stets in ihrer Tasche mit sich führen, haben dagegen keine, wie der französische Graf de Wan, der englische Kardinal Manning, der verstorbenen Bischof Ketteler u., Verständnis für die an die Gegenwart zu stellenden Forderungen unserer Partei; freilich ist diese Stellung fast nie durch die wissenschaftliche Überzeugung von der Notwendigkeit solcher Reformen geführt, sondern in der Regel nur ein nothgedrungenes Zugeständnis an den Geist unserer Zeit, durch das diese schlaue Fräulein den Kampf um die Welt Herrschaft möglichst in die Ferne zu schieben suchen. Zum Theil läßt sich diese „Sozialpolitik“ auch auf die vielen Anhänger des Päpsttums sympathische Kritik unserer Partei an die Wirtschaftspolitik des so genannten Liberalismus zurückführen, deren Verwerflichkeit für den politischen Kampf schon zu Lassalle's Zeiten Bischof Ketteler von Mainz mit Scharfsinn erfaßte.

Die Vertreter des Katholizismus haben oft schon betont, daß sie eine soziale Partei sind, sie haben gelegentlich der Erlasse des Kaisers vom 4. Februar in die Welt posant, daß ihr Programm jetzt aufgeführt werde. Wie wenig richtig dies ist, geht aus einer Aeußerung des Bischofs Korum von Trier hervor, der in öffentlicher Versammlung zugestand:

„Die zur Debatte stehende Frage haben wir nicht freiwillig auf die Tagesordnung gesetzt. Die sozialistische Bewegung hat uns dazu gezwungen.“

Diese Worte sind ebenso bedeutungsvoll, wie der Ausspruch Bismarck's im Reichstage, daß es ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform gäbe. Ihnen solche Aussprüche entschlüpfen, welche unsere Überzeugung bestärken, daß die heute herrschenden Verhältnisse nimmermehr auf freien Straßen zu irgend einer Aktion im Interesse der arbeitenden und unterdrückten Klassen sich veranlassen gesehen hätten, daß einzig und allein der Sozialdemokratie Dank zu wissen ist für die bisherige und künftige sozialreformatorische Beistützung der Regierungen und der Bourgeoispartei.

Wie sehr die Meinungen auf dem Kongresse aus einander gingen, mag an einigen Beispielen gezeigt werden. Kardinal Manning, der das große Wort, das oberste Gesetz für die Industriewirtschaft sei das Stützgesetz gewesen niederzuschleichen, bemerkte, daß der Kongressstand eine geordnete Forderung in Betreff der Bergarbeit und andere schwere Arbeiten sei. Für sonstige Arbeit sei der Feinhandstand das Angemessenste. Manning spricht sich sodann gegen die Fabelarbeit verdrängter Frauen aus, welche dieselben ihren Kindern entziehen, und fordert für alle anderen Arbeiterinnen einen Acht- oder Feinhandtag; er verweist die Arbeit von Kindern im schulischen Alter und verurtheilt jede Beschäftigung der Frauen in den Bergwerken oder während der Nacht. Ferner fordert er die Sonntagruhe, so wie Schiedsgerichte für alle Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Gelingt es diesen Schiedsgerichten nicht, das Einvernehmen herzustellen, so müße die ganze Gesellschaft zur Wahrung des sozialen Friedens einmüch durch freie Tätigkeit eingreifen, oder die gesetzgebenden Gewalten zu Hilfe rufen. Es sei unumgänglich, dauernde friedliche Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter herzustellen, so lange nicht von Seiten des Staates gewisse Gesichtspunkte zur Regelung der Ertrags- und Lohnverhältnisse aufgestellt seien, nach denen sich die freien Kontakte zwischen Kapital und Arbeit zu richten hätten. Da alle Handelswerte unvermeidlichen Schwankungen unterworfen seien, so müßten auch die freien Kontakte periodischen Revisionen — etwa alle drei oder fünf Jahre — unterzogen werden. Dagegen empfahl ein P. Defesse, daß die Arbeiter sich die Errichtung von wirtschaftlichen Gessellschaften für Arbeiter, Volkswahlen und ähnlichen Schulungs-Versuchen Schnid Schnadts anlegen sein lassen sollten. Auch der deutsche Bischof Korum äußerte sich gegen den Rationalarbeitstag und behauptete, daß nicht die lange Arbeitszeit und die niedrigen Löhne die Ursache der wachsenden Arbeitslosigkeit seien, sondern der Mangel an Christentum bei den Unternehmern. Während der deutsche Wahlbot die Einberufung der internationalen Arbeiterversammlung durch eine Resolution als ein überaus denkwürdiges Ereignis anerkannt wissen wollte, sprachen sich Andere wieder dagegen aus.

In der 2. Sitzung des Kongresses erklärte der Vertreter der österreichischen Katholiken, Graf Bloome, daß die sozialen Reformen allen anderen voranzugehen müßten. Der gegenwärtigen Stimmung könne man sich nicht übergeben. Diefelbe bereits eine vollständige Umänderung in der Ordnung der Arbeit vor. Dagegen sprach sich der belgische Abg. Wocche für die Privatthätigkeit aus und wünschte namentlich die übermäßig angestregten Arbeiter in Schutz zu nehmen; abdonn trat derselbe noch für Hinderbüßer für die ausgehigten Kinder und für die Sonntagruhe ein und empfahl

schließlich das Kongewerk und die Ausbeutung katholischer Missionen in die Fremde.

Wie tief die Erkenntnis der sozialen Frage in den Köpfen einiger dieser Schwärzgerde eingebunden ist, dafür möge die Ansicht zweier Jesuiten- und eines Kapuziner-Paters sprechen, welche die staatliche Einmischung in die Unfall- und Krankerversicherung aus dem Grunde bekämpften, weil dann die christliche Willkürigkeit keine Gelegenheiten habe, sich zu offenbaren.

Christlicher kann man wohl gar nicht denken als diese edlen Männer, welche recht viel Elend und Plage vom Himmel herabwünschten, damit einige Reiche sich durch ein klein wenig Wohlthätigkeit an den Allerärmsten das Himmelreich verdienen könnten.

Daß gerade zwei Mitglieder der Gesellschaft Jesu es sind, denen die Aufgabe zugefallen ist, gegen den Staatssozialismus zu donnen, verleiht den Verhandlungen zweifelsohne einen humoristischen Anreiz. Denn die Gesellschaft Jesu ist es gewesen, welche den Staat Paraguay ganz staatssozialistisch organisiert hat, natürlich auf vollkommen autoritärer Grundlage, welche das ganze Gebilde lebensfähig machte. Und jetzt töden die Säbne dieser Gesellschaft gegen die staatliche Einmischung zu Gunsten der Arbeiter!

Der gute Jesuit Forbes, der die Unfall- und Krankerversicherung mit mehr Eifer als Sozialfemtniß bekämpft, rief aus: „Wir, nie werde ich die Einmischung des Staates in die Sorge um die Arbeiter zugeben!“ worauf ihm Bischof Korum antwortete: „Sie wollen nie, aber der Sozialismus wird Sie zwingen oder verschlingen.“

Ueber die Lohnfrage wurden auch die entgegengelegten Meinungen laut, so sagte ein Herr Thery aus Frankreich: „Man verwechselt den erwünschten mit dem gerechten Lohn. Der gerechte Lohn ist der gerechte Preis, beruhend auf dem Betrage. Faccio in des, sagt der Arbeiter. Der Arbeitgeber bezahlt ihn und damit hat er seiner Pflicht genügt. Der Arbeiter ist ja frei, wenn er einen Vertrag eingieht; er will ja, was er thut; er halte sich nur daran, sei sparsam und er wird gut leben.“ Woran ein englischer Bischof erwiderte: „... Für das Gemeinwohl muß der Staat sorgen, und wenn die Privatinitiatve nicht hinreicht, hat er einzutreten. In London arbeiten beispielweise Arbeiter volle sieben Stunden lang und die Aktionäre beziehen ungeheure Dividenden. Das ist ein untraglicher Zustand. Der, welcher die Arbeit schafft, der hat vor allen Dingen das Recht, von seiner Arbeit zu leben! Wenn der Arbeiter in seinen Rechten nicht beschützt wird, wirft er sich der Sozialdemokratie in die Arme. Das ist eine Gefahr für den Staat. Ober der Arbeiter schützt sich und sucht sich zu schützen durch Striken, und das ist wieder eine Gefahr. Ich fordere Gerechtigkeit und christliche Willkür!“

Wir können noch viele ähnliche interessante Gegenstände, in der sich auf ihre Einigkeit so viel zu Gute thunenden ultramontanen Partei anföhren, doch wir glauben schon ein genügend deutliches Bild der Zerrissenheit im päpstlichen Lager gezeichnet zu haben.

Die Lehre, die wir aus den Verhandlungen zu ziehen haben, ist die, daß der Zerlegungssatz, der die alten Parteien ergriffen hat, auch vor dem Katholizismus nicht Halt gemacht hat.

Aber dies soll uns nicht veranlassen den Gegner zu unterschätzen. In heute auch der Katholizismus noch nicht einig über den Kampfplan gegen uns, so wird er es trotzdem werden. Die strenge Zerkleinerung der katholischen Kirche, die unerbittliche Klage und Forderung ihrer Führer, die bis nun fast kein erfolgreicher Schritt der Kirche gegen ihre Gegner müßten und veranlassen auf der Hut zu sein. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß wir auch aus diesem Kampfe, der sich nun vorbereitet, als Sieger hervorgehen werden. Doch wird es lange und schwere Kämpfe geben, bevor wir den Gegner überwältigt haben. Offenlich haben wir uns während des ganzen Kampfes nie vorzuerwerfen den Gegner unterschätzt zu haben, wozu leicht dieser Kongress veranlassen konnte, auf dem die vielen Herren sich zwar nicht auf ein soziales Reform- und Kampfprogramm einigen konnten und nur in ihrer Überzeugung von der Nothwendigkeit, die weltliche Herrschaft des Papstes wiederherzustellen eines Sinnes waren.

Der gute Jesuit Forbes, der die Unfall- und Krankerversicherung mit mehr Eifer als Sozialfemtniß bekämpft, rief aus: „Wir, nie werde ich die Einmischung des Staates in die Sorge um die Arbeiter zugeben!“ worauf ihm Bischof Korum antwortete: „Sie wollen nie, aber der Sozialismus wird Sie zwingen oder verschlingen.“

Ueber die Lohnfrage wurden auch die entgegengelegten Meinungen laut, so sagte ein Herr Thery aus Frankreich: „Man verwechselt den erwünschten mit dem gerechten Lohn. Der gerechte Lohn ist der gerechte Preis, beruhend auf dem Betrage. Faccio in des, sagt der Arbeiter. Der Arbeitgeber bezahlt ihn und damit hat er seiner Pflicht genügt. Der Arbeiter ist ja frei, wenn er einen Vertrag eingieht; er will ja, was er thut; er halte sich nur daran, sei sparsam und er wird gut leben.“ Woran ein englischer Bischof erwiderte: „... Für das Gemeinwohl muß der Staat sorgen, und wenn die Privatinitiatve nicht hinreicht, hat er einzutreten. In London arbeiten beispielweise Arbeiter volle sieben Stunden lang und die Aktionäre beziehen ungeheure Dividenden. Das ist ein untraglicher Zustand. Der, welcher die Arbeit schafft, der hat vor allen Dingen das Recht, von seiner Arbeit zu leben! Wenn der Arbeiter in seinen Rechten nicht beschützt wird, wirft er sich der Sozialdemokratie in die Arme. Das ist eine Gefahr für den Staat. Ober der Arbeiter schützt sich und sucht sich zu schützen durch Striken, und das ist wieder eine Gefahr. Ich fordere Gerechtigkeit und christliche Willkür!“